

Elternvereine für inklusive Bildung in NRW

info@mittendrin-koeln.de

14.02.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Mail vom 3. Februar.

Ihr Brief spiegelt die aufgewühlten Emotionen wieder, auf die ich im Zusammenhang mit schulischer Inklusion ständig treffe. Verantwortlich für diese Stimmung bin weder ich, noch sind es Ihre Kinder. Ursächlich sind Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer durch veränderte soziale Bedingungen, mangelnde Fortbildung und die Rahmenbedingungen, unter denen der Unterricht stattfindet.

Sehr geehrter Herr Laschet,
vielen Dank für Ihre Antwort auf unseren Offenen Brief. Wir verstehen ihn allerdings nicht als Ausdruck unserer Emotionalität, sondern als Analyse des aktuellen Diskurses über Inklusion, insbesondere Ihres Beitrags dazu.

Die Verantwortung für die Schaffung angemessener Bedingungen liegt bei der Schulministerin.

Ja, aber dort liegt sie nicht allein. Ob Bedingungen angemessen sind, hängt nicht nur von der Höhe der bereitgestellten Ressourcen ab, sondern auch von der Art wie sie eingesetzt werden. Hier sind neben der Landesregierung auch die Kommunen, die Schulleitungen und die Kollegien in den Schulen in der Verantwortung. Da sind in den vergangenen Jahren viele Fehler passiert. Genau das erklärt, warum Inklusion unter den gleichen rechtlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen vielerorts in NRW gut gelingt und gleichzeitig an vielen anderen Orten nicht gelingt.

Für mich steht außer Frage, dass Ihre Kinder das Recht haben, gemeinsam mit allen anderen zur Schule zu gehen. Ich habe mich auf einer Inklusionstour im Sommer 2015 selbst davon überzeugt, dass Inklusion in unterschiedlichsten Bereichen schon lange erfolgreich praktiziert wird und werbe dafür. Ich habe aber auch sehr fragwürdigen gemeinsamen Unterricht erlebt, bei dem Gemeinsames kaum erkennbar war; ebenso

Wenn Sie – wie auch wir – sowohl gute als auch schlechte Beispiele von gemeinsamem Unterricht kennen, verstehen wir nicht, warum Sie stets verbreiten, die Inklusion sei – in Ihrer Diktion – „vor die Wand gefahren“. Sie unterschlagen damit zugunsten einer kraftvollen Formulierung all die guten Beispiele, für die Sie doch erklärtermaßen werben möchten.

gemeinsamen Unterricht erlebt, bei dem Gemeinsames kaum erkennbar war; ebenso die widersinnige Schließung einer Förderschule, die so wirksam präventiv im Sozialraum und mit umliegenden Inklusionsschulen gearbeitet hat, dass die eigene Schülerzahl unter die Mindestgröße sank.

An diesem Punkt wären wir Ihnen dankbar für eine politische Initiative, die erreicht, dass eine so erfolgreiche präventive Arbeit weiter geführt wird. Etwa in Form eines mobilen sonderpädagogischen Dienstes, den man auch gut in Regie einer guten inklusiven Schule führen könnte.

Allen Schulen gemeinsam war die Unzufriedenheit von Eltern und Lehrern mit der Inklusionspolitik der Landesregierung. Meine deutliche Kritik wendet sich gegen die Art wie Inklusion umgesetzt worden ist.

Für die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems ist Kritik und kritisches Hinterfragen der Prozesse absolut notwendig. Davon zu unterscheiden ist der Versuch, unter dem Vorwand der Kritik die Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung zurück zu drehen.

Nach 220 erfolgten Förderschulschließungen widerspreche ich Ihnen, dass diese Maßnahme aktuell zur Beruhigung der Situation beiträgt. Sie verlangt von den verbliebenen Schülerinnen und Schülern nicht nur einen Schulwechsel, sondern in der Regel die Rückkehr in eine Umgebung, die sie mit negativen Erfahrungen verlassen haben. Dagegen wehren sich Eltern und Kinder und haben Angst. Diese Angst will ich ihnen mit einem Moratorium für Förderschulen nehmen. Wie Ihre Rechte respektiere ich auch das Recht von Eltern, sich in der momentanen Lage für eine Förderschule zu entscheiden.

Nach aktuellem Schulrecht haben Schüler*innen, deren Sonderschule wegen Unterschreiten der Mindestschülerzahl ausläuft, das Recht auf den Besuch einer anderen Sonderschule. Dafür braucht es kein „Moratorium“ für Sonderschulen. Der Unmut wegen längerer Schulwege ist verständlich, doch das muten wir in NRW seit langen Jahren sogar jedem Grundschüler zu, wenn die Grundschule vor Ort wegen Schülermangels schließen muss. Ein Bestandsschutz für jede Sonderschule wirft allerdings Fragen auf.

Ihrer Bitte, das Thema im Wahlkampf nicht zu thematisieren, werden wir natürlich nicht entsprechen. Ich habe mich stets für Integration und Inklusion stark gemacht. Wenn

Wir sagten nicht „thematisieren“, Herr Laschet, sondern „instrumentalisieren“ – im Sinne des Dudens, der hier als erstes Beispiel nennt: „eine Minorität für machtpolitische Zwecke instrumentalisieren“. Es ist schade, dass Sie auf dieses zentrale Anliegen unseres Offenen Briefes nicht weiter eingehen. Absicht unseres Offenen Briefes war es ausdrücklich, Sie auf die Wirkung der von Ihnen verwendeten sprachlichen Bilder zum Thema Inklusion und Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen und Sie zu bitten, in Zukunft mit Achtsamkeit zu argumentieren.

entsprechen. Ich habe mich stets für Integration und Inklusion stark gemacht. Wenn eine Regierung hier eklatant versagt, werde ich natürlich für Kinder mit Behinderung und deren Bildungschancen eintreten und für eine Verbesserung werben.

Gerne, wir werden Sie beim Wort nehmen!

Die Schulfachleute unserer Fraktion haben im Landtag stets Gegenentwürfe als Grundlage für einen erfolgreichen Umsetzungsprozess vorgelegt. Die Personalsituation bei den Sonderpädagogen und die Unsicherheit der Regelschullehrer sind Realitäten, die berücksichtigt werden müssen. Wir benötigen eine Weiterentwicklung, insbesondere eine Qualitätsverbesserung. Einen Ausbau hält die CDU dort für sinnvoll, wo erfolgreich gearbeitet wird. Der Engpass im Übergang zur Sekundarstufe I soll deshalb mit der gezielten Unterstützung von Schwerpunktschulen beseitigt werden, die Erfahrung und erprobte Konzepte vorweisen können.

Was meinen Sie damit? Wollen Sie den Ausbau der Inklusion auf die Schulen beschränken, die jetzt schon erfolgreich arbeiten? Wie soll dann eine weitere Entwicklung zum inklusiven Schulsystem aussehen? Und welche Wahl sollen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Regionen haben, in denen es bisher keine erfolgreich arbeitenden Schulen gibt, schon gar nicht in der Sekundarstufe?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Michael Lasch". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Ihre Antwort hat für uns viele Fragen
aufgeworfen, die wir im Folgenden auflisten. Wir möchten Sie
bitten, uns diese in einem persönlichen Gespräch zu beantworten.
In diesem Sinne freuen wir uns auf Ihre Terminvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Elternvereine für inklusive Bildung*

Unsere Fragen

1. Bestandsschutz für alle Sonderschulen

Sie fordern einen Bestandsschutz auch für Sonderschulen die, etwa im
Förderschwerpunkt Lernen, die Mindestschülerzahl von 144 bzw. 72 für jeden
Teilstandort unterschreiten:

- Wie hoch soll Ihrer Meinung nach die Mindestschülerzahl für Sonderschulen je
nach Förderschwerpunkt, z.B. für eine Sonderschule Lernen, sein?
- Oder wollen Sie in Zukunft generell auf die Festlegung von Mindestgrößen
verzichten?
- Soll es dann auch z.B. Sonderschulen Lernen mit nur 40, 30 oder gar zehn
Schülern in den Jahrgangsstufen 1 bis 10 geben?
- Wenn ja, soll dies für alle Schulformen gelten oder nur für Sonderschulen?

Wie wollen Sie die Lehrerstellenversorgung in Sonderschulen regeln, wenn die
bisherige Lehrer-Schüler-Relation aufgrund der zu geringen Schülerzahl keine
komplette Unterrichtsversorgung mehr ermöglicht:

- Soll für besonders kleine Sonderschulen eine andere Lehrer-Schüler-Relation
gelten?
- Wie soll in besonders kleinen Sonderschulen ein Fachunterricht nach der
Stundentafel garantiert werden, wenn das Kollegium so klein ist, dass dort nicht
mehr alle Fachrichtungen vertreten sind?
- Sollen rundweg alle Sonderschulen Bestandsschutz haben oder ist eine
Überprüfung vorgesehen, ob diese erfolgreich arbeiten? Wenn ja, was sind die
Kriterien für erfolgreiches Arbeiten?

2. Ausbau des Gemeinsamen Lernens (GL)

Sie wollen das Gemeinsame Lernen nur dort ausbauen, wo es bereits erfolgreich praktiziert wird:

- Was sind die Kriterien für erfolgreiches Arbeiten?
- Wie soll unter dieser Vorgabe eine flächendeckende Verfügbarkeit von inklusiver Bildung gewährleistet werden?
- Wie soll das Recht auf inklusive Bildung unter dieser Vorgabe insbesondere in der Sekundarstufe gewährleistet werden?
- In welcher Form werden Sie die Schülerfahrtkostenverordnung ändern, wenn Schüler*innen ihr Recht auf inklusive Bildung nur in einer weiter entfernten Schule wahrnehmen können?
- Werden Sie den betroffenen Schüler*innen in der Schülerfahrtkostenverordnung für den Besuch dieser nicht-wohnortnahen GL-Schulen das Recht auf einen Fahrdienst gewähren?
- Welche Überlegungen haben Sie um in diesem Fall einen erneuten Konnexitätsstreit mit den Kommunen zu vermeiden?
- Und sollen nach Ihrer Vorstellung Kinder, für die keine erreichbare Regelschule mit Gemeinsamem Lernen vorhanden ist, gegen den Willen ihrer Eltern zwangsweise in Sonderschulen eingewiesen werden?
- Nach welchen Kriterien soll im Rahmen Ihres „Moratoriums Inklusion“ die Limitierung des Zugangs zu den von Ihnen geforderten wenigen Inklusions-„Schwerpunktschulen“ erfolgen? (Losverfahren, nur angeborene Behinderungen, nur Normalbegabte mit Migrationshintergrund, nach statistischer Verteilung der Förderschwerpunkte, Schnelligkeit der Anmeldung,...)
- Wo werden diejenigen Kinder beschult, die ihren Rechtsanspruch auf Regelbeschulung wahrnehmen wollen, aber für die die an den Schwerpunktschulen limitierten Plätze nicht ausreichen?
- Sieht Ihr „Moratorium“ allen bisher an Regelschulen beschulten Kindern „Bestandsschutz“ vor? (Oder ist es im Rahmen Ihres „Moratoriums“ den Schulen möglich, diese „abzuschulen“?)
- Welches Finanzierungskonzept haben Sie für die weitere inklusive Schulentwicklung?
- Welchen Zeitplan gestehen Sie der Inklusion von behinderten Kindern an Schulen zu bzw. welches Tempo sehen Sie zukünftig vor?

Wenn Gemeinsames Lernen nur dort ausgebaut werden soll, wo es erfolgreich praktiziert wird:

- Welche Pläne haben Sie unter dieser Vorgabe für den Aufbau des inklusiven Schulsystems?
- Sollen dann gar keine Schulen mehr neu mit dem Gemeinsamen Lernen starten?

- Oder wollen Sie diese Schulen in besonderer Weise ausstatten?
- Welche Voraussetzungen wollen Sie definieren, damit eine Schule mit dem Gemeinsamen Lernen beginnen kann?
- Welche Versorgung der Schulen des Gemeinsamen Lernens mit Lehrer- und Sonderpädagoginnenstellen wollen Sie als Ministerpräsident festlegen?
- Wollen Sie die Schulen des Gemeinsamen Lernens gleichberechtigt mit Sonderpädagoginnen besetzen oder bleibt es auch unter Ihrer Regierung an der vorrangigen Ausstattung der Sonderschulen?
- Wie viele zusätzliche Stellen für Sonderpädagoginnen wollen Sie in welchem Zeitraum schaffen?
- Wie wollen Sie sicher stellen, dass diese auch besetzt sind?
- Haben Sie die Absicht die Klassenstärken in den allgemeinen Schulen zu reduzieren, und wenn ja, in welchem Ausmaß?
- Welche Rahmendaten wollen Sie für die Klassen des Gemeinsamen Lernens einführen (Schülerzahl, Lehrerstunden...)?
- Haben Sie vor, die Ganztagszuschläge bezüglich Lehrerstellen für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den allgemeinen Schulen, denen der Schüler*innen ohne sonderpädagogischen Förderbedarf anzupassen?

* Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen NRW e.V., Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen e.V. Aachen, Bielefelder Familien für Inklusion, Bielefelder Initiative Eine Schule für alle, Gemeinsam Leben – gemeinsam Lernen e.V. Bonn, Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen Kreis Borken, Elterninitiative Inklusion Bornheim, Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen Dorsten, Gemeinsam Leben und Lernen Düsseldorf e.V., Schule für alle e.V. Hennef, Gemeinsam leben lernen e.V. Hilden, mittendrin e.V., Köln, INVEMA e.V. Kreuztal, INKLUSION – HIER und JETZT e.V. Leverkusen, Kleeblätter21 e.V. Mönchengladbach, Initiative gemeinsam leben & lernen e.V. Neuss, Gemeinsam leben, gemeinsam lernen – Olpe plus e.V., Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Pulheim, Vibra e.V. Ratingen, Elterninitiative Inklusion im Kreis Warendorf, Netzwerk Inklusion im Kreis Warendorf, Arbeitskreis der Eltern blinder und sehbehinderter Kinder in Westfalen-Lippe e.V., Initiativkreis Gemeinsame Schule Wuppertal

Was bisher geschah: Hier unser Offener Brief vom 3. Februar 2017

Inklusion hat viele falsche Freunde

Sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Lindner,

Sie bewerben sich als Spitzenkandidaten Ihrer Parteien um das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalens. Für Ihre Wahlkampf-Angriffe auf die amtierende Landesregierung haben Sie sich insbesondere das Thema Inklusion ausgesucht. Auf Ihrer Suche nach besonders schlagkräftigen Argumenten zeichnen Sie dabei geradezu katastrophische Bilder, benutzen bedrohliche Metaphern und ziehen Argumentationslinien, die unsere Kinder mit Behinderung als Störer von Schulfrieden und Bildung denunzieren. Als Eltern von Kindern mit Behinderung möchten wir Sie mit diesem Brief darauf aufmerksam machen, dass Sie mit ihrer parteipolitisch motivierten Rhetorik massiven Schaden anrichten.

Sie Beide bezeichnen sich gern als Anhänger der Inklusion. Wir haben Sie jedoch noch nie mit Freude und Überzeugung von der Inklusion als selbstverständlichem Ziel einer demokratischen, freien, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft sprechen hören.

Nie berichten Sie von den vielen positiven Beispielen in gut funktionierenden inklusiven Schulen, von der Selbstverständlichkeit, mit der Schülerinnen und Schüler dort ihre Verschiedenheit akzeptieren. Nie erzählen Sie von Ihrer Freude, SchülerInnen mit Behinderung nach Jahrzehnten systembedingter Unsichtbarkeit mitten unter allen anderen SchülerInnen zu sehen.

Die Inklusion hat viele falsche Freunde.

Wir erkennen diese daran, dass sie nach einem wortkargen Bekenntnis zur Inklusion stets und nur noch von schlechten Beispielen, fehlenden Ressourcen und dem Erhalt der Sonderschulen reden.

Sie sprechen davon sich um das Wohl von Kindern mit Behinderung zu sorgen. Doch kaum kommen nach jahrzehntelangem Sonderschulzwang die ersten Kinder mit Behinderung in den allgemeinen Schulen an, werden Sie von Ihnen unaufhörlich und ausschließlich als Kostenverursacher, Störenfriede und Zumutung durch die öffentliche Debatte geschleift.

Zu volle Klassen und zu wenig Räume, Unruhe im Unterricht und Überforderung der Lehrer – alles, was zuvor als Ergebnisse eines von mehreren Landesregierungen zusammengesparten Schulsystems bekannt war, wird von Ihnen heute zur Folge der Inklusion erklärt. Es würde uns kaum wundern, wenn Sie demnächst selbst verstopfte Schulklos als Inklusionsfolge beklagen würden.

Damit nicht genug, würzen Sie Ihre Reden auch noch mit polemischen Anspielungen auf Gewalt, Zerstörung und Vernachlässigung. Da wird „mit der Brechstange durchgesetzt“, „zerschlagen“, „an die Wand gefahren“ oder „im Rollstuhl ohne Betreuung auf den Flur geschoben“. So wird das Recht unserer Kinder auf Teilhabe zu einer Bedrohung für die Gesellschaft umgedeutet. Das ist Ihre Verantwortung.

Mit der Instrumentalisierung der schulischen Inklusion als polemisch dramatisiertes Skandalthema für Ihren Wahlkampf richten Sie auch vor Ort in den Schulen massiven Schaden an. Sie entmutigen all diejenigen Schulgemeinden und Lehrer, die schon heute mit Freude und Engagement jedes Kind willkommen heißen. Und sie soufflieren all jenen Schulen und Lehrern, die behinderte Kinder gar nicht oder nur unwillig unterrichten, dies als unbillige Zumutung zu betrachten, der man sich mit Recht entziehen dürfe.

Und bevor Sie jetzt erneut anheben (Sie wissen schon, die Unterrichtsstörungen und die überforderten Lehrer...)

Nein, auch wir sind noch lange nicht zufrieden mit der Umsetzung der Inklusion. Auch wir fordern mehr Lehrer und Sonderpädagogen, kleinere Klassen und vor allem eine bessere Pädagogik. Auch wir kennen Schulen und Beispiele, in denen für Schüler alles schief läuft. Diese Beispiele kennen wir aber genauso aus allen Schulformen, auch aus Sonderschulen und aus nicht-inklusiven Regelschulen. Gerade wir als Eltern von Kindern mit Behinderung fordern, dass die Qualität inklusiver Schulen dringend und zügig verbessert werden muss.

Doch von Ihnen als Bewerbern um das Amt des Ministerpräsidenten ist dazu noch kein einziger konstruktiver Vorschlag bekannt.

Im Gegenteil: So oft Sie sich auch zur Inklusion bekennen, Ihre Forderungen zielen auf das Gegenteil: die inklusive Entwicklung unserer Schulen wieder zu beenden.

Es ist in höchstem Maße unehrlich, einerseits den Mangel an Lehrern und Ressourcen in inklusiven Schulen zu beklagen und gleichzeitig einen Bestandsschutz selbst allerkleinster Sonderschulen zu fordern, in denen genau die Lehrer und Ressourcen festhängen, die in der Inklusion gebraucht würden.

Es ist in höchstem Maße unanständig, ausgerechnet das Wohl unserer Kinder im Munde zu führen, um sie unter diesem Vorwand wieder in die Sonderschulen zu schieben. Es kann nicht im Wohl eines Kindes liegen, es aus der Kindergesellschaft der Nachbarschaft zu reißen und in eine Sonderschule zu schicken, nur weil man nicht bereit ist es in der nächsten Grundschule willkommen zu heißen und ihm notwendige Unterstützung dort bereit zu stellen.

Es ist in höchstem Maße manipulativ in wohlklingenden Metaphern davon zu reden, dass die Inklusion „auf Eis gelegt“ oder „entschleunigt“ werden solle, denn sie fordern damit eindeutig, dass Kinder wieder zwangsweise den Sonderschulen zugewiesen werden. Eine sogenannte „Aussetzung“ des Rechts auf inklusive Bildung wäre zudem ein klarer Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

Sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Lindner,

wir Eltern von Kindern mit Behinderung fordern Sie auf, die Instrumentalisierung unserer Kinder und ihres Rechts auf Teilhabe für Ihre Wahlkampfzwecke zu beenden. Sie haben sich zum gesellschaftlichen Ziel der inklusiven Bildung bekannt – für demokratische Parteien eine Selbstverständlichkeit. Dann sollte es genauso selbstverständlich sein mit konstruktiven Vorschlägen an der Umsetzung mitzuwirken. Wir freuen uns auf Ihre überzeugenden Vorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Elternvereine für inklusive Bildung in NRW